

"Ein 'wohlwollendes Reich' auf der Suche nach einer Strategie gegenüber seinen neuen Nachbarn" in Le Monde (29. April 2004)

Legende: Der Artikel, der zum Zeitpunkt der Erweiterung der Europäischen Union auf fünfundzwanzig Mitglieder in der französischen Tageszeitung Le Monde erschienen ist, beschäftigt sich mit der Frage nach der Strategie, die die Organisation zur weiteren „Befriedung“ ihrer Umgebung verfolgen muss. Angesichts der Gefahren einer „Auflösung“ durch die ständige Erweiterung muss die Union neue Arten der Zusammenarbeit mit ihrer Nachbarschaft entwickeln.

Quelle: Le Monde. 29.04.2004. Paris. "Un «empire bienveillant» en quête de stratégie face à ses nouveaux voisins", auteur:Vernet, Daniel , p. 2.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/ein_wohlwollendes_reich_auf_der_suche_nach_einer_strategie_gegenuber_seinen_neuen_nachbarn_in_le_monde_29_april_2004-de-dba03d61-edf5-410c-8a7d-c01549b08715.html



Publication date: 05/07/2016

Ein „wohlwollendes Reich“ auf der Suche nach einer Strategie gegenüber seinen neuen Nachbarn

Nach Jahrzehnten der friedlichen Expansion muss die Union nun die Mittel zur Stabilisierung ihres Umfelds finden

Daniel Vernet

DIE GEGNER Europas – und insbesondere des erweiterten Europas – beschwören in diesem Zusammenhang häufig das Schreckgespenst des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation herauf. „Heilig“, weil es zumindest anfänglich einen „christlichen Zusammenschluss“ darstellt; „römisch“, weil seine Grenze im Osten entlang des *Limes* verläuft, „germanisch“, weil es angeblich von Deutschland dominiert wird oder Gefahr läuft, es zu werden.

Und der Begriff „Reich“ oder „Imperium“? Er ist negativ besetzt. Ohne bis zum Niedergang der Mittelmächte am Ende des Ersten Weltkriegs oder dem Ende der Kolonialreiche nach dem Zweiten Weltkrieg zurückzugehen, wütet jenseits des Atlantiks die Debatte darüber, ob die Vereinigten Staaten eine imperiale Macht sind. Einige Amerikaner weisen diesen Gedanken weit von sich, weil sie schon allein den Begriff nicht mögen oder nicht an ein „amerikanisches Reich“ glauben. Andere wiederum akzeptieren den Ausdruck, sei es, um ihn zu kritisieren oder ihn zu begrüßen. Robert Kagan, der in jüngerer Vergangenheit durch einen Aufsatz über die amerikanische Macht im Gegensatz zur europäischen Schwäche berühmt geworden ist, bezeichnete vor einigen Jahren in einem Artikel in der Zeitschrift *Foreign Affairs* die Vereinigten Staaten als „wohlwollendes Reich“. Dieser Ausdruck passt perfekt auf die Europäische Union. Die erweiterte Union kann in der Tat als ein Reich betrachtet werden, allerdings ein wohlwollendes.

Seit dem Fall der Berliner Mauer und des „Eisernen Vorhangs“ hat sie den Grundsatz der russischen Kaiserin Katharina II. angewandt, die sagte: „*Ich kann die Grenzen nicht anders verteidigen, als sie auszudehnen.*“ Für die ursprünglichen Mitglieder der EU ihrerseits ist die einzige Lösung zur Festigung ihres Umfelds die Erweiterung der Unionsgrenzen, durch die Einbindung einer immer größeren Zahl neuer Staaten und die Verlegung der Grenzen immer weiter nach Osten (und bis zu einem gewissen Grad immer weiter nach Süden). Sie haben einer friedlichen Expansion Priorität eingeräumt. Das hat sie nicht daran gehindert, bisweilen mit militärischen Mitteln zu intervenieren, wie beispielsweise auf dem Balkan, um flagrante Verstöße gegen die europäischen ethischen Prinzipien zu ahnden (Bosnien, Kosovo) oder um eine Situation wiederherzustellen, die es der betroffenen Bevölkerung ermöglicht, sich selbst zu regieren wie in Mazedonien.

Dies sind aber Ausnahmen. Die Europäische Union zwingt niemanden zum Beitritt. Das ist ein wesentlicher Unterschied zu den Reichen der Vergangenheit, die sich mit Gewalt ausdehnten. Deswegen ist die Union aber nicht weniger anspruchsvoll. Sie hat auf ihrem eigenen Gebiet eine Politik des „Regimewechsels“ betrieben, bevor dieser Begriff unter anderen Umständen in Mode kam. Die EU hat schon 1992 die Kopenhagener Kriterien (Demokratie, Marktwirtschaft, Achtung der Menschenrechte und Unterstellung des Militärs unter die zivile Gewalt) als das notwendige Minimum festgelegt, um Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten zu eröffnen und die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes zur unumgänglichen Bedingung für einen Beitritt zur EU zu machen. Sie hat die neuen Gebiete nicht mit Waffengewalt, sondern dank ihrer Anziehungskraft und Überzeugungskraft erobert. Der Handel war eindeutig: Wer die Regeln der Union annimmt, hat gute Chancen, ihr eines Tages beizutreten.

Freie Entscheidung

Die Union ist ein „freiwilliges Reich“, um den Ausdruck von Robert Cooper zu benutzen, den der ehemalige außenpolitische Berater von Tony Blair in seinem Buch *The Breaking of Nations* prägte. Die Teilnahme erfolgt aus freier Entscheidung heraus – was in den Reichen des 19. und 20. Jahrhunderts nicht der Fall war –, aber sie erfordert die Unterordnung unter Bedingungen, die unabhängig von den Bewerbern festgelegt wurden und über die nicht verhandelt werden kann. Die Neankömmlinge können an der Ausarbeitung der gemeinschaftlichen Regeln erst mitwirken, nachdem sie akzeptiert wurden. Die Verbreitung von Stabilität –

und möglichst auch von Wohlstand – ist zweifelsohne nicht der einzige Grund, der die EU zur Erweiterung bewegt hat. Auch die Wiedergutmachung der Ungerechtigkeiten, welche die Länder Mittel- und Osteuropas im Laufe der Geschichte erfuhren, als sie durch den Kalten Krieg vom Westteil des Kontinents abgeschnitten waren, spielte eine Rolle. Außerdem bleibt es im Interesse der Union, von „befreundeten Ländern“ umgeben zu sein, wie Kommissionspräsident Romano Prodi sagte, oder von „verantwortungsvoll regierten Ländern“, wie es in Javier Solanas strategischem Konzept für Europa heißt. „Befreundet“ und „verantwortungsvoll regiert“ ist zwar nicht das Gleiche, aber die Idee ist dennoch ähnlich.

Die EU ist beunruhigt, wenn in ihrer unmittelbaren Nähe Konflikte ausbrechen, wie beispielsweise in den 90er Jahren auf dem Balkan. Und die beste Art, sie zu verhindern, besteht darin, den von den Ländern Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg angenommenen Verhaltenskodex zu verbreiten. Dieser Kodex schließt keine Interessenskonflikte aus, sondern sieht deren Lösung durch Verhandlungen und die Suche nach einem Konsens vor. Aufgrund von gemeinsamen Mitteln und Politiken treten weniger häufig Interessenskonflikte auf.

Bisher hat die Strategie des „wohlwollenden Reiches“ gut funktioniert. Die für den 1. Mai angesetzte Erweiterung ist ihr Höhepunkt. Kann sie noch lange aufrechterhalten werden? Kann sich das Reich praktisch endlos ausdehnen, um sein Umfeld zu „befrieden“? Nach dem 1. Mai wird die Europäische Union vier Kategorien von Nachbarn haben: zwei Beitrittskandidaten (Bulgarien und Rumänien), mit denen die Verhandlungen bereits aufgenommen wurden und die praktisch ein Beitrittsversprechen für 2007 erhalten haben, selbst wenn ihrer Fortschritte nicht die gleichen sind; ein offizieller Kandidat, die Türkei, mit der die Verhandlungen noch nicht begonnen wurden, für die aber Ende 2004 ein Datum festgelegt werden könnte; die Partner des Stabilitätspakts für Südosteuropa, von denen einige bereits Assoziierungsabkommen mit der EU geschlossen haben und die darauf warten, zu den Kandidaten zu gehören. Und dann sind da noch die anderen, diejenigen, denen man sich nicht traut zu sagen, dass sie in der EU keinen Platz haben, oder diejenigen, die keine Lust haben, ihr beizutreten. Für diese entwickelt die EU gerade das Konzept eines „Großen Europas“ oder einer „neuen Nachbarschaft“ für eine enge Partnerschaft, die jedoch nicht zum Beitritt führen oder auch nur eine Beitrittsperspektive eröffnen soll.

Gefahr der Auflösung

Gleichwohl hat diese Strategie ihre Grenzen. Geographische Grenzen: Was im Osten möglich war, scheint sehr viel schwieriger im Süden, in Richtung der Mittelmeerländer, die trotz allem aus Gründen der Demographie und der Kultur potenzielle Quellen der Instabilität darstellen. Politische Grenzen: Einige der für die „neue Nachbarschaft“ vorgesehenen Länder träumen nur von einem Beitritt zur Europäischen Union. Die „Wartesäle“, egal ob sie „neue Nachbarschaft“ genannt werden oder „Konföderation“, wie François Mitterrand nach dem Mauerfall vorschlug, scheinen ihnen wie Abstellgleise. Wenn sie nun aber den Eindruck haben, dass ihnen der Beitritt zur EU langfristig verwehrt wird, sinkt der Ansporn zu Reformen.

Einige sind sogar versucht zu schummeln. Sie bewerben sich um den Beitritt wegen der Hilfen für die Beitrittskandidaten und haben mehr Interesse an den europäischen Krediten als an den europäischen Werten. Andere wiederum hegen nicht die Absicht, der EU beizutreten, oder aber die EU hat nicht vor, sie aufzunehmen, was mehr oder weniger das Gleiche ist, denn in beiden Fällen ist die europäische Perspektive nicht von Belang.

Existentielle Grenzen schließlich: Durch die ständige Erweiterung läuft das Herzstück des Reiches – in diesem Fall die Europäische Union selbst – Gefahr, verfälscht zu werden und sogar ihre Existenzberechtigung zu verlieren oder sich in den Niederungen ihrer Peripherie aufzulösen. Diese Entwicklung wird dem Interesse ihrer Mitglieder und des gesamten europäischen Kontinents zuwiderlaufen, da die Stabilität in der EU und die Aufgabe, diese Stabilität zu exportieren, mit einem Schlag ruiniert wären.

Die Europäer müssen also eine andere Strategie entwerfen, um die Grenzregionen des Reiches zu stabilisieren, und dies umso mehr, da, je mehr man sich vom Herzstück entfernt, desto schwächer oder korrupter die betroffenen Staaten sind, desto komplizierter die Reformen werden und desto weniger das „Wohlwollen“ belohnt wird.